

Sonderbericht der Zentralen Anlaufstelle für Opfer von Straftaten und deren Angehörige im Ministerium für Justiz und Gesundheit und der Opferschutzbeauftragten des Landes Schleswig-Holstein nach § 7 Absatz 2 Opferunterstützungsgesetz (OuG) zu dem Großschadensereignis „Messerangriff in einer Regionalbahn bei Brokstedt am 25. Januar 2023“.

**Maßnahmen der Zentralen Anlaufstelle und der Opferschutzbeauftragten (OSB)
im Fall Brokstedt
– Handout für Innen-und Rechtsausschuss 18.12.2024 -**

25.1.2023, 17.00 Uhr, Information über Großschadenslage

18.30 **Freischaltung Hilfetelefon** (ZTK Zentrum für Trauma- und Konfliktmanagement Köln), auch noch mehrere Wochen nach Vorfall und zu Beginn Prozess:

Hotline Anlaufstelle;

Am Ereignisort: Kontaktdaten Anlaufstelle übergeben

27.1.2023

1. **Runder Tisch** in Brokstedt mit Opferhilfeinstitutionen, hybrid;

Aufgaben verteilt, Kontakte ausgetauscht,

Kontaktaufnahme zu OSB angrenzender Bundesländer

insgesamt 3 runde Tische

Kontakt zur StA Itzehoe, Vermittlung der Daten der Betroffenen (Grundlage: Opferunterstützungsgesetz u. Erlass MJG);

Anschreiben an alle 120 Betroffenen, weiter Betroffenen-Begriff

Angebot: Unterstützung und Vermittlung in Hilfeangebote,

Vermittlung der Anrufenden in Beratungs-und Traumaambulanz (Beratungsstelle Wendepunkt),

bei Suche nach Gepäck,

finanzielle Unterstützungsleistungen

Wiederholung Anschreiben vor Beginn des Prozesses und vor dem Jahrestag
25.1.2024

Interviews durch OSB ► öffentliche Bekanntmachung der Hilfemöglichkeiten;

Vermittlungsperson zwischen Angehörigenfamilien und Anlaufstelle/OSB aus der Polizei sehr hilfreich;

Gespräche mit Betroffenen;

Organisation eines **Beratungsangebots** für jugendliche Zeugen und Zeuginnen der Tat und **Freundeskreis** des getöteten Jugendlichen in Brokstedt, Finanzierung aus Mitteln der ZA des MJG u.a. einer sozialpäd. Fachkraft mit traumapädagogischer Qualifikation;

Finanzierung der Hilfen im Übrigen (z.B. Beerdigungskosten) auch durch den Weißen Ring und insbesondere die Landesstiftung Opferschutz

--

Hinweis auf den Prozessbeginn, Vermittlung (und teilw. Finanzierung aus den freiwilligen Leistungen) von **Prozessbegleitung** für Zeuginnen und Zeugen, die keinen gesetzlichen Anspruch auf PB hatten (z.B. Augenzeuginnen);

Februar 2023: 10-Punkte-Papier, Nachschiebeliste Haushalt 2023, z.B. Schaffung einer weiteren Stelle für professionelle traumasensible Opferberatung bei Wendepunkt

Vorbereitung **Gestaltung 1. Jahrestag**, Einbindung der Betroffenen, Teilnahme am Gedenkgottesdienst am 25.1.2024, Abschirmung der Betroffenen vor Presse;

Prozess: Erleichterung nach dem Urteil bei den Betroffenen

Fazit:

Bewährt haben sich:

KKK-Prinzip (In der **K**rise **K**öpfe **k**ennen)

Netzwerk

Hilfetelefon ZTK

Runde Tische

OüG

Vermittlungsperson Polizei

Lessons learned:

keine gesetzlich normierte Prozessbegleitung von Augenzeuginnen, Ersthelferinnen pp.

Herausforderung: Umgang mit Medien